

Autobahnanschlüsse und Velowege

Aggloprogramme Der Kanton St. Gallen hat Ende 2016 seine vier Agglomerationsprogramme der dritten Generation in Bern eingereicht. Nun prüft der Bund bis 2018 die Qualität der Projekte. Die Schwerpunkte betreffen die Regionen Wil und St. Gallen-Bodensee.

Marcel Elsener
marcel.elsener@tagblatt.ch

180 Kilo Papier, Ende Dezember per Velokurier nach Bern gebracht: Das gewählte Transportmittel für das neue Fuder der Planungen in den vier urbanen Räumen des Kantons St. Gallen ist programmatisch. Denn die Massnahmen zur Verbesserung des Velo- und Fussverkehrs machen bei der sogenannten dritten Generation der Agglomerationsprogramme mit 462 Millionen Kosten den grössten Anteil (38 Prozent) aus. Es geht, deutlicher als in den ersten und zweiten Programmen, um bessere, sichere Verbindungen zu Fuss oder per Velo in den Städten und Dörfern, aber auch in die Naherholungsräume.

Spektakulärer (und teilweise umstrittener) freilich sind andere Verkehrsprojekte in den Schwerpunktregionen Wil und St. Gallen-Bodensee: die Erschliessung von Wil West und die Entlastung der Stadt Wil, der Autobahnzubringer Witen in Rorschach, die Aufwertung der historischen Achsen der Stadt St. Gallen für den öffentlichen Verkehr (Stichwort Tram) oder der Umbau des Bahnhofs Flawil. Alles kostspielige Investitionsprojekte, von denen man sich Bundesgelder von bis zu 50 Prozent erhofft. Gesamthaft betragen die Kosten für die Massnahmen in den vier Agglomerationen 1,2 Milliarden Franken; nebst dem Fuss- und Veloverkehr gelten die Investitionen Ausbauten im Strassenverkehr (365 Millionen), Aufwertungen von Ortszufahrten (243 Millionen) und Verbesserungen im Busverkehr (151 Millionen). Rund die Hälfte der Summe soll in die Verkehrsinfrastruktur des Kantons St. Gallen fliessen, der Rest verteilt sich auf die involvierten Gemeinden in den Grenzkantonen Thurgau, Schwyz und Zürich sowie auf Liechtenstein.

Die vier Agglomerationen im Kanton St. Gallen



Grafik: dem

Gemeinden angehalten, ihre Projekte voranzutreiben

Die in nunmehr dritter Etappe koordinierte Planung von Verkehr, Siedlung und Landschaft ist ein rollender Prozess und der Überblick entsprechend kompliziert. Man habe mit den ersten Agglomerationsprogrammen in den vier Regionen aber bereits «Meilensteine» gesetzt und sei «zufrieden» auf Kurs, sagt der St. Galler Baudirektor Marc Mächler. Und auch wenn der Eindruck stimme,

dass «viel Papier gewälzt» werde, seien einige Projekte «schon auf dem Boden angekommen» (Text unten). Für die Finanzierung der dritten Generation Aggloprogramme benötige es nun den Nationalstrassen- und Agglomerationsfonds (NAF), betonte Mächler. Der Infrastrukturfonds des Bundes, aus dem die ersten beiden Etappen mitfinanziert wurden, hätte bis 2025 reichen sollen,

ist aber bereits aufgebraucht. Nun ist das Bundesamt für Raumentwicklung am Zug, das die Beiträge des Bundes festlegt. Die vier St. Galler Agglomerationsprogramme konkurrieren mit weiteren 33 Programmen aus der ganzen Schweiz. Für den Bund ist nicht nur die Qualität der Programme relevant, sondern auch der Fortschritt der Projekte aus den bisherigen Generationen – ein Verzug fließt

negativ in die Bewertung ein. Umso mehr seien die Gemeinden gefordert, ihre Projekte voranzutreiben, erklärt Kantonsplaner Ueli Strauss.

Die ersten Einschätzungen seitens des Bundes werden bis kommenden Herbst erwartet, die definitiven Prüfberichte liegen Ende 2018 vor. Bestenfalls können die wichtigsten Massnahmen des dritten Aggloprogramms ab Frühling

2019 umgesetzt werden. Bis dahin respektive bis zum vierten Programm für 2023–2026 sollten auch die Rheintaler Gemeinden so weit sein: Sie gründeten im November einen Verein für eine gemeinsame Planung. Dass die heute erfolgreich planende Region Wil beim ersten Anlauf ebenfalls zurückgewiesen wurde, sollte den Rheintalern laut Bauchef Mächler Mut machen.

Die früheren Programme sind noch nicht abgehakt

Bauprojekte Während der Kanton St. Gallen bereits Agglomerationsprogramme der dritten Generation beim Bund prüfen lässt, läuft die Arbeit an den vorangehenden Programmen weiter: Viele einzelne Projekte warten noch auf die Umsetzung. Bei den Agglomerationsprogrammen der ersten Generation war der Kanton St. Gallen mit den Regionen St. Gallen-Bodensee und Linthgebiet (Obersee) vertreten. Diese Programme wurden bereits 2007 eingereicht. Der Bund versprach eine finanzielle Beteiligung von 85 Millionen Franken aus dem Infrastrukturfonds, davon 74 Millionen Franken für St. Gallen-Bodensee. Zehn Jahre nach dem Start der beiden Programme sind 53 Prozent dieser Bundesmittel geflossen, was bedeutet, dass eine ganze Reihe von Vorhaben

noch nicht realisiert ist. «Doch die grossen Projekte aus den Agglomerationsprogrammen der ersten Generation sind fast alle abgeschlossen oder kurz davor», sagt Kantonsplaner Ueli Strauss. Dazu zählen die Umfahrung Arbon, die Aufwertung des Zentrums Gossau, die Durchmesserlinie der Appenzeller Bahnen sowie die Umgestaltung des Bahnhofplatzes, der Poststrasse und des Gebiets Bahnhof Nord in der Stadt St. Gallen. Ein weiteres Grossprojekt aus dieser Generation war der Stadttunnel in Rapperswil-Jona: Der Bund stellte dafür 80 Millionen Franken – ausserhalb des Infrastrukturfonds – zur Verfügung, doch das Volk lehnte das Vorhaben an der Urne ab. 2011 gingen die Agglomerationsprogramme der zweiten Generation zur Prü-



Die Umgestaltung der Poststrasse in St. Gallen in einen «Boulevard» war eine Massnahme aus dem ersten St. Galler Agglomerationsprogramm. Bild: Claudio Heller

fung an den Bund. Vier Programme mit St. Galler Beteiligung kamen zustande. Werdenberg-Liechtenstein, Wil, St. Gallen-Bodensee und Obersee. Aus dem Infrastrukturfonds ist eine Beteiligung von 140 Millionen Franken vorgesehen, von denen bisher aber erst 7 Millionen Franken (5 Prozent) ausbezahlt sind. Die Umsetzungsphase dieses Programms dauert noch bis 2022, jene der ersten Generation läuft bereits 2018 ab. «Zwar entfällt die Unterstützung des Bundes nicht sofort nach Ablauf dieser Frist», sagt Strauss. Dennoch sei es wichtig, dass die Massnahmen jetzt zügig realisiert würden – bevor das Geld des Bundes am Ende woanders hin fliessen.

Adrian Vögele
adrian.voegele@tagblatt.ch